

David R. Black / Paul D. Williams (Hrsg.)

The International Politics of Mass Atrocities. The Case of Darfur

Routledge, New York / Abingdon 2010; 272 S.; EUR 39,99; ISBN 978-0-415-55903-4

Leitziel des Sammelbandes ist die Darstellung des Verhaltens der internationalen Gemeinschaft im Falle von schwerwiegenden Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit am Beispiel des Darfur-Konflikts. Das Untersuchungsziel beinhaltet neben der analytisch-erklärenden auch eine normative Komponente, die das Verhalten der zu untersuchenden Akteure nicht nur erörtert sondern auch evaluiert und teils alternative Handlungsoptionen aufzeigt. Als theoretische Grundlage wählen die Herausgeber die Englische Schule der Internationalen Beziehungen. Mit dieser Herangehensweise wird ein roter Faden für die einzelnen Beiträge geschaffen und durch die Systematik der theoretischen Arbeit ein deutlicher Mehrwert des Sammelbandes für Studierende der Internationalen Beziehung hergestellt. Zu kritisieren ist allenfalls, dass die Theorie in der Anwendung, die nicht durchgehend konsequent erfolgt, teilweise auf die Unterscheidung reduziert wird, ob sich Akteure in ihrer Politik bezüglich des Darfur-Konflikts eher dem solidaristischen (universalistische Bekenntnis zu globalen Werten) oder dem pluralistischen Strang (kulturgebundene Normen und Werte) zuordnen lassen.

Ausgangspunkt des Sammelbandes "The International Politics of Mass Atrocities", herausgegeben von den in Kanada und den USA lehrenden Politikwissenschaftlern David R. Black und Paul D. Williams, ist ein Panel zum Darfur-Konflikt der Jahrestagung der International Studies Association in Chicago im Jahr 2007, dessen Beiträge im Nachhinein durch einen Autorenworkshop des Canadian International Council weiterentwickelt wurden. Die Autoren, die dabei zu Wort kommen, sind – bis auf zwei sudanesische Autoren – westliche Forscher, die sich auf Grund ihrer Politikempfehlungen normativ größtenteils im solidaristischen Strang der Englischen Schule der Internationalen Beziehungen verorten lassen.

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich auf den Beginn des Konflikts bis zum Jahr 2007, wobei in den meisten Beiträgen auch Ereignisse berücksichtigt werden, die über das Jahr 2007 hinausgehen. Letztlich soll die Beantwortung der analytischen und normativen Leitfragen Aufschluss über die "foreign policy priorities of some of the world's most powerful actors, the 'responsibility to protect' concept, the ongoing Global War on Terrorism (GWOT), the international repercussions of the war in Iraq, the current state of the United Nations (UN) system in relation to global security challenges as well as attempts to develop a new security architecture in Africa" geben. Dazu wird das Wechselspiel des Einwirken mächtiger Akteure der internationalen Gemeinschaft auf den Konflikt und die Konfliktparteien sowie die Einflussnahme der sudanesischen Regierung sowie der Rebellengruppen auf die internationale Gemeinschaft berücksichtigt.

Der Sammelband ist in drei Teile gegliedert: erstens die Beiträge zur regionalen Politik, die sowohl einen Aufsatz zu den Konfliktparteien innerhalb des Sudans umfassen als auch eine Analyse der in den Konflikt involvierten Nachbarstaaten beziehungsweise innerstaatlichen Akteure, die sich zwischen dem Sudan und angrenzenden Staaten bewegen. Erster ist

von zwei Autoren geschrieben, einem sudanesischen Wissenschaftler und einem Autoren, welcher lediglich unter seinem Pseudonym genannt wird. Dies steht sinnbildlich für den noch immer schwelenden Konflikt in den westlichen Bundesstaaten des Sudan und verdeutlicht sogleich eine Problematik des Sammelbandes, die darin liegt, dass nach Erscheinen des Sammelbandes (2010) weiterhin wichtige Entwicklungen stattgefunden haben. Dies schränkt die Qualität der Erkenntnisse jedoch keineswegs ein. Hier sei zudem darauf hingewiesen, dass die Darstellung des Konflikts und der Konfliktlinien sehr komprimiert ausfällt und somit nicht als Einstiegslektüre geeignet ist, da Kenntnisse des Lesers vorausgesetzt werden.

Der regionalen Konfliktdynamik folgen im zweiten Teil die Beiträge zur multilateralen Politik, welche anhand des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der Europäischen Union sowie dem Internationalen Strafgerichtshof dargestellt wird. Die Einschätzungen dieser Beiträge sind durchgängig in die Richtung zusammenzufassen, dass sich bei allen Institutionen eine Entwicklung hin zu einem stärkeren Bekenntnis zu einem Schutz der durch die humanitäre Krise betroffenen Bevölkerungsteile des Sudan erkennen lässt. So zum Beispiel die Verschiebung des Tenors der Afrikanischen Union von „non-interference“ zu „non-indifference“. Grundsätzlich jedoch zeigt das Verhalten aller Institutionen auf Grund von interner Zerrissenheit, mangelnder Eigenständigkeit (z.B. Abhängigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs von den Vereinten Nationen) oder des für internationale Institutionen beschränkenden Faktors der Zeit und der daraus resultierenden Reaktivität in Bezug auf den Konflikt, dass das Versprechen des Schutzes der Zivilisten nicht gehalten werden konnte. Neben dieser für die Bevölkerung Darfurs ernüchternden Realität des Konflikts wird die mangelnde Effizienz der multilateralen Akteure auch als negatives Zeichen der Diffusion des internationalen Friedens gewertet.

Der dritte und abschließende Teil des Sammelbandes bildet die Politik jener Staaten der internationalen Gemeinschaft mit dem größten Einfluss auf den Konfliktverlauf ab. Darunter fallen die USA, wo sich Interessengruppen wie die *Save Darfur Coalition* für eine breitere Wahrnehmung des Konflikts eingesetzt haben. International konnten die Vereinigten Staaten jedoch auf Grund der Fokussierung auf nationale Sicherheitsinteressen und einer späten Entscheidung, sich in dem Konflikt zu engagieren, kaum mehr eine Hebelwirkung ausüben. Als einziges Land, welches im internationalen Diskurs besonders für Nichteinmischung plädiert, wird China abgebildet. Für Großbritannien, Frankreich und Kanada wird festgehalten, dass deren diskursive Bekenntnisse zu einer solidaristischen internationalen Gemeinschaft eindeutiger ausfielen als ihr Verhalten in Bezug auf den Darfur-Konflikt. Die Autoren sehen hierin einen Spiegel der Schwäche der R2P-Norm.

Dies trifft auch das Gesamtfazit der Herausgeber, welche den Darfur-Konflikt als Lackmustest für die Bekenntnisse der internationalen Gemeinschaft zur Schutzverantwortung insbesondere nach dem Völkermord in Ruanda sehen. Sie attestieren der internationalen Gemeinschaft zwar ein deutlich größeres Engagement als bei vergleichbaren Krisen der vergangenen Zeit, aber nicht genug Engagement, um die Menschen in Darfur effektiv zu schützen.

Der Darfur-Konflikt ist trotz einiger Fortschritte und anhaltender Verhandlungen und entwicklungspolitischer Bemühungen noch immer aktuell und eine abschließende Einschätzung

zung über das Verhalten der wichtigsten internationalen Akteure somit nicht möglich. Da dies jedoch nicht der Hauptfokus der Herausgeber ist, werden die Erkenntnisse, die dem Sammelband zu entnehmen sind, keineswegs geschmälert.

Dieser erkenntnisreiche politikwissenschaftliche Sammelband ist angesichts seines durchgängig hohen Niveaus und seiner klaren Struktur sowohl für Studierende als auch für Forscher der internationalen Politik, Außenpolitik und Afrikapolitik geeignet. Rechtswissenschaftler dürften insbesondere auf Grund der durchgehend angewendeten Analyse der internationalen Schutzverantwortung im Spannungsfeld zwischen Rhetorik und Praxis durch die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft anregende Erkenntnisse erhalten.

Lydia Knoche, Trier

*Francis M. Deng, in collaboration with Daniel J. Deng, David K. Deng, and Vanessa Jiménez
Identity, Diversity, and Constitutionalism in Africa*

United States Institute of Peace Press, Washington D.C., 2008, xiv+265 p., hardcover, 31,12\$, ISBN 978-1-60127-035-1

One major question in the debate on the rule of law and constitutionalism concerns the extent to which contemporary national constitutions and statutory books must reflect local values and norms. Within the global trend toward Rule of Law, a surge of violent internal conflicts and a view of constitutions as means of conflict prevention and management, this question has provoked different answers, emphasizing either international standards of constitutions or the necessary dominance of local norms. This is especially true in postcolonial spaces where legal structures were rather modeled after metropolitan models than adapted on base of local norms and institutions. Besides questions of substantial reference to specific cultural heritages, the process of participation in the drafting of constitutions also newly attracted scientific interest.¹ Regionally, constitutional reform has currently taken place in numerous countries, following either the change of political regimes (Egypt, Tunisia, Sudan) or as domestically driven exercises of reform (Kenya, Ghana, Tanzania, Zimbabwe, Nigeria). It is within this twofold debate, that the book of Francis M. Deng intervenes with a pragmatic stance toward the integration of local norms into constitutional frames to acknowledge and functionalize the diversity of culturally heterogeneous states. Francis M. Deng and his collaborators argue that the legacy of colonial structures (statutory laws as well as independence-constitutions) and their postcolonial heirs mostly prevented integration within multicultural states.

The book, with a foreword by former Nigerian president Olusegun Obasanjo, is divided into ten chapters. The first two chapters take the reader through a broad definition and evaluation of constitutionalism (9-15) and a brief comparative history of constitutions as well as

¹ Andrew Aroto, Conventions, constituent assemblies, and round tables: Models, principles and elements of democratic constitution making, *Global Constitutionalism* 1 (2012), p. 173.